

ANDRÉ HABISCH

Bürgergesellschaft und Familie – Gesellschaftspolitische Konstellationen im 21. Jahrhundert

1. DAS 21. JAHRHUNDERT ALS ›ZEITALTER DER BÜRGERGESELLSCHAFT‹

Kann das 19. Jahrhundert als Säkulum des Marktes, das 20. Jahrhundert als Jahrhundert des Staates gelten, so wird das 21. Jahrhundert das Jahrhundert der Bürgergesellschaft werden. Hinter dieser etwas plakativen Charakterisierung verbirgt sich doch einiges an historischer Plausibilität. Die beschleunigte Industrialisierung und der Aufstieg des Bürgertums bedingten in der Phase etwa von 1830 bis 1890 die Vorherrschaft marktliberaler Vorstellungen sowohl in rechtlicher als auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Demgegenüber brachten die Notwendigkeiten entwickelter Industriegesellschaften, aber auch die epochalen Krisen des 20. Jahrhunderts den Aufstieg des Staates (sowohl als Rechts- als auch als Sozialstaat) zur beherrschenden Regulierungs- und Ordnungsinanz. Am Ende des 20. Jahrhunderts zeichnen sich nun vorsichtige Neuorientierungen ab. Die Grenzen bürokratischer Administration und formaler, auf abstrakten Rechtsansprüchen basierender Solidaritätssysteme werden quer durch alle politischen Lager konstatiert. Vollversorgung kippt hier schnell in Bevormundung um, umfassende Regulierung blockiert Eigeninitiative und spontane Bewältigung jeweils lokal unterschiedlicher Probleme. Zugleich sind die Bildungspotenziale der Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten explosionsartig gestiegen. Selbsthilfe und mündige Mitverantwortlichkeit sind möglich und werden auch eingefordert. Hinzu kommt, dass eine zunehmend individualisierte Arbeits- und Lebensweise die sozialen Grundlagen des Gemeinwesens unterpült. Die Erkenntnis, dass der moderne Staat von Ressourcen zehrt, die er nicht ersetzen kann – eine Formulierung, die nicht auf *E.-W. Böckenförde*, sondern wesentlich weiter mindestens auf die liberale Sozialphilosophie des 19. Jahrhunderts zurückgeht –, bringt eine erweiterte Wahrnehmung dessen, was legitimerweise als ›Reichtum der Nationen‹ zu gelten hat. Neben Finanz- und Sachvermögen umfasst dies insbesondere auch das ›Sozialvermögen‹, also die Netzwerke und bürgerschaftli-

chen Verbände, Organisationen und Initiativen. Diese ›freien‹ Assoziationen, die zum größten Teil im ehrenamtlichen Engagement von Bürgerinnen und Bürgern wurzeln, sind von der sozialwissenschaftlichen Forschung der letzten Jahrzehnte als Grundlage demokratischer Selbststeuerungsfähigkeit wie auch nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung erkannt worden. Fehlt es an ›sozialem Kapital‹ bzw. an entsprechendem Engagement der Bürger, dann gehen politische Reformbemühungen ins Leere, dann hängt eine marktwirtschaftliche Wettbewerbsordnung in der Luft, dann können sich auch die Lebensbedingungen der Menschen – und zwar engagierter wie nichtengagierter – nicht nachhaltig verbessern. Bürgerschaftliches Engagement und die daraus resultierende Sozial- und Kooperationskultur einer Region sind mithin sozusagen das ›Schmiermittel‹ wirtschaftlichen und politischen Lebens.

Das Wort vom 21. Jahrhundert als ›Zeitalter der Bürgergesellschaft‹ ist dabei natürlich nicht in der Weise misszuverstehen, dass Staat und Markt in Zukunft keine Rolle mehr spielen würden. Die Bürgergesellschaft bildet keine Eigenwelt jenseits von Markt und Staat – die ja demokratietheoretisch selbst als Institutionen der Bürgergesellschaft verstanden werden können –, sondern trägt durch ihre Aktivitäten vielmehr zur Funktionsfähigkeit der formalen Systeme bei. Gerade deshalb kommt komplementär der Stärkung entsprechender bürgerschaftlicher Potenziale durch politische wie auch wirtschaftliche Rahmenbedingungen eine wichtige und zukunftsichernde Funktion zu.

Die Bürgergesellschaft spielt thematisch auch für die Fortschreibung christlicher Gesellschaftslehre ins 21. Jahrhundert eine zentrale Rolle.¹ Dies gilt zunächst aufgrund der mehrdimensionalen Bedeutung der Thematik am Schnittpunkt der Frage nach dem guten Leben einerseits wie auch der spezifisch sozialetischen Frage nach der sozialen Ordnung andererseits, die diesem Raum gibt. Hinzu kommen empirische Zusammenhänge: Bürgerschaftliches Engagement speist sich nun einmal – in der einen Nation stärker als in der anderen – zu einem guten Teil aus christlich-kirchlicher Motivation und Beheimatung. Für die katholische Tradition in Deutschland sind hier die Verbändestrukturen des Sozialkatholizismus, der politische Katholizismus, aber auch zahlreiche Umwelt- und Solidaritätsgruppen, Selbsthilfeinitiativen, Pfarrgemeinderäte, Kirchenvorstände, Liturgiekreise etc. zu nennen. Insofern solche Grup-

¹ Vgl. dazu auch *Ursula Nothelle-Wildfeuer*, Neues Ehrenamt und Zivilgesellschaft, in: *dies./Norbert Glatzel (Hrsg.)*, Christliche Sozialethik im Dialog. Zur Zukunftsfähigkeit von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, Graftschaff 2000, 167–194.

pen nicht nur rein technische Funktionen haben, sondern immer auch als soziale Plattform für lebendigen Austausch über gemeinsame Probleme, gegenseitige Unterstützungsleistungen, wechselseitige Information etc. dienen, lassen sie sich auch als ›Sozialvermögen‹ der Menschen wie auch ihrer Gesellschaft insgesamt begreifen.² Der Zugang zu solchem Sozialvermögen kann nicht nur ganz konkret die Lebensqualität der Menschen verbessern,³ er trägt nach ersten empirischen Untersuchungen auch ›makrosozial‹ zur wirtschaftlichen und politischen Entwicklungsfähigkeit einer Region bei.⁴ Angesichts der neueren Diskussion um die Qualität von Sozialvermögen ist zudem darauf hinzuweisen, dass Kontakte und Beziehungen im kirchlichen Raum immer auch quer zu gesellschaftlichen Schichten und Klassen zustande gekommen sind, also auch gesamtgesellschaftlich eine wichtige Integrationsfunktion ausgeübt haben.⁵ Doch über solche Befunde hinaus ist die Diskussion um die Bürgergesellschaft auch von hoher ethischer Relevanz. Denn im Bild von der ›aktiven Bürgergesellschaft‹ scheint ein Sozialethos auf, mit dem ein positives Welt- und Menschenverständnis, eine hohe Identifikation mit dem Gemeinwesen und die Bereitschaft zu aktivem Engagement einhergehen.

Eher am Rande der Diskussion um Bürgergesellschaft und bürgerschaftliches Engagement wird gegenwärtig noch die Rolle und Bedeutung der Familie diskutiert.⁶ Dies soll im Folgenden ausführlich geschehen. Refe-

² Vgl. zu diesem Begriff und seiner möglichen Bedeutung für die kirchliche Sozialverkündigung bereits meinen Beitrag ›Was ist das Sozialvermögen einer Gesellschaft?, in: Stimmen der Zeit 214 (1996) 670–680, bzw. neuerdings Art. Sozialkapital, Soziales Kapital, in: Handbuch der Wirtschaftsethik, Gütersloh 1999, Bd. IV, 472–508.

³ Dies gilt insbesondere auch für arme und benachteiligte Bevölkerungsschichten. Der Begriff des Sozialkapitals wird heute nicht umsonst am intensivsten im Bereich der Entwicklungsarbeit diskutiert. So hat die Weltbank bereits 1997 ein eigenes Forschungsprojekt zur Thematik aufgelegt und in einer Internet-Datenbank mittlerweile mehrere Hundert Titel gesammelt. Die Erfahrung von Rotationsfonds wie der Grameenbank in Bangladesch oder SEWA in Indien beweist, dass sich bei den absolut Armen ein extremer Mangel an Finanzvermögen teilweise durch Sozialvermögen substituieren lässt.

⁴ Vgl. dazu neuerdings die umfangreichen erstaunlichen Befunde von *Robert D. Putnam*, *Bowling Alone: The Decline and Revival of American Community*, New York u. a. 2000 für die USA: Der bürgerschaftlich Engagierte ist gesünder, lebt länger, hat eine deutlich höhere Lebenszufriedenheit, tötet sich seltener selbst; er hat im übrigen – im Durchschnitt – auch eher Familie und besucht regelmäßig den Gottesdienst.

⁵ Es handelt sich mithin – um die Terminologie von *Putnam* aufzunehmen – nicht nur um »bonding social capital« (also sozial ›homogene‹ Netzwerke), sondern gerade auch um »bridging social capital« (also schichtenübergreifende Sozialbeziehungen).

⁶ Dies ist im angelsächsischen Sprachraum anders. Hier wird – etwa auf der o. g. »social capital«-Homepage der Weltbank – explizit auf die herausragende Rolle der Familie für den Aufbau sozialer Beziehungsnetzwerke reflektiert.

renzpunkt ist dabei kein bürgerliches, sondern ein genuin christliches Familienverständnis, ist doch davon auszugehen, dass die Kirche in Sachen Familie nicht nur etwas von den Veränderungen unserer Zeit zu lernen⁷, sondern vielmehr auch etwas zu vermitteln hat: ein christliches Familienethos nämlich, wie es z.T. in kirchlichen Dokumenten, aber insbesondere auch in der Lebenspraxis von Christinnen und Christen im beginnenden 21. Jahrhundert ›aufbewahrt‹ ist.

2. DER BLICK ZURÜCK: FAMILIE UND GESELLSCHAFT ALS GEGENSÄTZLICHE PARADIGMEN IN DER SOZIALWISSENSCHAFT DES 20. JAHRHUNDERTS

Die ideologische Großwetterlage in den Sozialwissenschaften der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kann in der Rückschau nicht eben als familienfreundlich bezeichnet werden. Das gilt insbesondere für die Bestimmung des Verhältnisses von Familie und (Zivil-)Gesellschaft. Die engen persönlichen und ›bevormundenden‹ Bindungen innerhalb der Familie, die damit verbundenen Rollenschemata zwischen Mann und Frau, zwischen Kindern und Erwachsenen, zwischen Vater und Mutter kamen vor allem als Hindernisse auf dem Weg zu einer freieren, mündigen und offenen Gesellschaft in den Blick. Sie erschienen als Brutstätte vielfältiger ›reaktionärer‹ Vorbehalte – gegen Fremde und Ausländer, gegen gewachsene Bildungsansprüche von Frauen, gegen emanzipatorische Kräfte in der Gesellschaft, gegen stärkere sexuelle Selbstbestimmung. Auf der Ebene individueller Lebensgestaltung (mikrosoziale Ebene) wurden ›starke Bindungen‹ in Familie und Verwandtschaft als ›unmodern‹ wahrgenommen – schienen sie doch eher ein Hindernis auf dem Weg zu einer durch frei gewählte ›schwache Bindungen‹ konstituierten modernen Existenz zu sein. Auf der (makrosozialen) Ebene gesellschaftlicher Strukturen stehen exklusive Solidarnetzwerke im Bereich der erweiterten Familie, die auf der Basis wechselseitiger Abhängigkeiten zwischen konkret benennbaren Personen existieren, inklusiven Systemen mit formal-rechtlichen Rechtsansprüchen gegenüber. Ökonomisch steht das Paradigma ›Familie‹ für Klein- und Mittelbetriebe, denen funktional organisierte Großbetriebe gegenüberstehen.

⁷ So *Marianne Heimbach-Steins*, Ehe – Partnerschaft – Familie: Kirche in einem schwierigen Lernprozess, in: *Zeitschrift für Familienforschung* 11 (1999) H. 1, 5–20.

Tabelle: Familie und Gesellschaft als gegensätzliche ›Paradigmen‹ in der sozialstrukturellen Modernisierungsdiskussion des 20. Jahrhunderts.

<i>Grundparadigma</i>	›Familie‹	›Gesellschaft‹
<i>mikrosoziale Ebene</i>	starke (›multiplexe‹) Bindungen mit Fremdbestimmung	schwache (funktionale) Bindungen mit Selbstbestimmung
<i>makrosoziale Ebene</i>	exklusive Solidarnetzwerke bei prinzipiellem Misstrauen gegen Fremde	inklusive Solidarbeziehungen auf der Grundlage formalrechtlicher Regelungen
<i>politische Tendenzen</i>	Klientelismus, autoritäre Strukturen auf der Basis persönlicher Abhängigkeiten	offene, transparente Wettbewerbsstrukturen auf Basis gemeinsamer Regeln
<i>Bildungsideale</i>	Einfügen in tradierte Rollenschemata	freie Persönlichkeitsentwicklung
<i>ökonomische Tendenzen</i>	Selbstversorgung, Handwerksproduktion in Klein- bzw. Mittelbetrieben	Massenproduktion in funktional organisierten Großunternehmen
<i>ethische Bewertung</i>	rückständig und bevormundend	progressiv und emanzipierend

Der skizzierte Antagonismus, der (zumal die traditionelle) Familie in vielfältiger Weise dem Bereich vormodern-beschränkter Rückständigkeit zuordnete, hat das ethische Denken des 20. Jahrhunderts zutiefst geprägt. Auf dem Hintergrund starrer Traditionen wurde die Familie von Sozialwissenschaftlern primär als Ort konservativer Repression und institutioneller Rückständigkeit wahrgenommen. Dies ist mit verantwortlich für eine weit verbreitete ›Familienvergessenheit‹ in der sozial-ethischen Forschungsarbeit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.⁸

⁸ So ist zwischen 1961 und 1998 im Bereich der Sozialethik keine akademische Qualifikationsarbeit mehr zur Familienthematik erstellt worden, obwohl es sich im Bewusstsein vieler kirchlich Engagierter dabei um einen Kernbereich kirchlichen Gesellschaftsengagements handelt. Der erste ›Augsburger sozialetische Newsletter‹ (2000) führt die Familienethik denn auch nur noch als einen Unterpunkt unter der Rubrik ›Ethik der Lebensformen‹ auf.

An dessen Ende kündigen sich nun vorsichtige Neubestimmungen an. Die Entwicklung zum Paradigma ›Gesellschaft‹ ist heute so weit fortgeschritten, dass die ursprüngliche Frontlinie kaum noch erkennbar ist. Zugleich haben sich auch die vorherrschenden familialen Lebensformen grundlegend verändert. Ohne dies hier näher ausführen zu können: Das Familienleben ist liberaler, selbstbestimmter, freizeitorientierter und damit auch seinerseits zugleich individualistischer geworden.⁹

Als Folge des Siegeszuges des Paradigmas ›Gesellschaft‹ treten nun aber auch dessen – individuelle wie gesellschaftliche – ›Kosten‹ stärker als vorher ins Bewusstsein: Anonymisierung und Funktionalisierung von Beziehungen, wachsende Desintegrationsprobleme alter und jugendlicher Menschen, ›neue soziale Frage‹ etc. Sozialwissenschaftliche Rekonstruktionen sollten sich aber nicht an den Herausforderungen des 19., sondern an denen des 21. Jahrhunderts orientieren. Wie ist das Programm der Modernisierung fortzuschreiben? Wie können sich für Gesellschaften Entwicklungspfade auftun, auf denen sich die Errungenschaften der Modernisierung absichern, aber deren Folgeprobleme gering halten lassen?¹⁰ Solche Fragestellungen machen deutlich, dass die skizzierte antagonistische Entgegensetzung von Familie und Gesellschaft in der Sache nicht das letzte Wort sein kann. Sie bedarf einer kritischen Überprüfung angesichts der gegenwärtigen Problemlagen.

Demgemäß lautet die Kernthese der vorliegenden Ausführungen: Funktionsfähige und in ihre soziale Umwelt integrierte Familien einerseits und lebendige Bürgergesellschaft andererseits sind nicht durch einen paradigmatischen Gegensatz, sondern durch ein wechselseitiges Steigerungsverhältnis bestimmt. Beide sind in vielfältiger Weise aufeinander verwiesen. Familien sind ein wichtiges ›Kapital‹ moderner Gesellschaften und diese wiederum ein unverzichtbarer ›Lebensraum‹ funktionsfähiger Familien. Diese Kernthese soll im Folgenden in zwei einander komplementären Schritten expliziert werden. Dabei werden wir zunächst die Bedeutung im weitesten Sinne ›bürgerschaftlicher‹ Bezüge für ein voll realisiertes Familienleben skizzieren, um dann in der Gegen-

⁹ Vgl. dazu ausführlich die diversen Publikationen des Forschungsschwerpunktes ›Gesellschaft und Familie‹ an der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Konstanz unter Leitung von *Kurt Lüscher*.

¹⁰ Aus der Sicht fernöstlicher Beobachter stellt es heute eines der Hauptprobleme des westlichen individualistischen Gesellschaftsmodells dar, dass es zur Zerstörung von Familien und Sozialvermögen beiträgt. Hier wird – nicht zuletzt durch entsprechende politische Rahmensetzung – nach Alternativen gesucht; vgl. dazu ausführlich *John Naisbitt*, *Megatrends Asia. Eight Asian Megatrends that are Reshaping our World*, New York u. a. 1996.

richtung die Bedeutung familiärer Bindungen für eine aktive Bürgergesellschaft zu erläutern.

3. DIE ›AKTIVE BÜRGERGESELLSCHAFT‹ ALS LEBENSRAUM FUNKTIONSFÄHIGER FAMILIEN

In der ethischen Tradition des christlichen Abendlandes ist Familie zu leben kein Selbstzweck. Es gibt keinen ›christlichen Familiarismus‹ in diesem Sinne. Gerade die katholische Anthropologie hat immer wieder das Bewusstsein ausgebildet, dass verheiratet zu sein und Kinder zu haben weder notwendige noch hinreichende Bedingung gelingender humaner bzw. christlicher Existenz ist. In Bezug auf die kulturelle Praxis ist das Christentum von religionssoziologischer Seite zurecht durch eine ›Depotenzierung der Familie‹ charakterisiert worden;¹¹ und ob Familien (auch wirklich) zur Humanisierung einer Gesellschaft beitragen, kann ebenfalls nicht unabhängig von der Qualität des Zusammenlebens in der Familie und darüber hinaus entschieden werden.

Ihren besonderen Stellenwert verdankt die Familie als Institution vielmehr ihrer spezifischen Leistungsfähigkeit in bezug auf die Umsetzung gelingenden Lebens- und Glaubensvollzugs. Mit der familienwissenschaftlichen Literatur¹² lassen sich ihre Funktionen dabei als emotionale Stabilisierung und Absicherung, Fortpflanzung, Pflege und Erziehung von Kindern, Haushaltsführung, Gesundheit und Erholung sowie Schaffung von Solidarpotenzialen bestimmen. Nicht die Familie als solche ist also bereits von ethischer Relevanz, sondern die Art und Weise, *wie* sie gelebt wird und mit *welchen Inhalten* das gemeinsame Leben gefüllt wird. Degeneriert familiäres Zusammenleben zu einer bloßen Konsumgemeinschaft oder wird es gar zum Ort gewaltsamer Aggressionen, dann wird sie das Hineinfinden gerade junger Menschen in ein eigen-

¹¹ Vgl. dazu die Arbeiten des Bielefelder Religionssoziologen *Hartmann Tyrell*, Familie und Religion im Prozeß der gesellschaftlichen Differenzierung, in: *Volker Eid/Laszlo Vaskovics* (Hrsg.), Wandel der Familie – Zukunft der Familie, Mainz 1982, 19–74. Die entscheidende Bezugsgröße religiös-kultureller Praktiken (Totenkult, Gottesdienst, Katechese) im Christentum ist nicht mehr – wie in der Antike – die Familie, sondern die christliche Gemeinde. Als revolutionär wurde es von der römischen Umwelt empfunden, dass die ersten Gemeinden den Beitritt von Frauen akzeptierten, ohne die Erlaubnis des ›Pater Familias‹ einzuholen.

¹² Vgl. dazu bereits *Franz-Xaver Kaufmann*, Zukunft der Familie im vereinten Deutschland. Gesellschaftliche und politische Bedingungen, München 1995, 36 ff. bzw. den 5. Familienbericht der Bundesregierung, hrsg. vom Bundesministerium für Familie und Senioren (BMFuS), Bonn 1994.

ständiges Leben eher behindern. Gleiches gilt auch für die *sozialethische* Dimension von Familie. Auch hier ist die Familie kein Selbstzweck, kein ›intrinsic bonum‹.¹³ Auch hier liegt die herausgehobene Bedeutung der Familie in den positiven Funktionen, die sie diesmal für die Gesellschaft insgesamt und für gelingendes wechselseitiges Miteinander zu erbringen vermag. Ob und in welchem Umfang die Familie diese gesamtgesellschaftlichen Funktionen, von denen unten ausführlicher zu reden sein wird, zu erfüllen vermag, hängt seinerseits wiederum von Voraussetzungen ab. Eine wichtige Voraussetzung ist ihr Eingelassensein in und der konstitutive Bezug ihrer Lebensäußerungen auf ihre gesellschaftliche Umwelt.

Dieser Gedanke ist auch der neueren kirchlichen Familienpastoral nicht fremd. Er findet sich gerade auch in jenen lehramtlichen Dokumenten wieder, die die Bedeutung der Familie in neuer Weise in den Mittelpunkt gerückt haben. So titelt etwa die Enzyklika Papst *Johannes Pauls II.* *Familiaris Consortio* im dritten Abschnitt des dritten Teiles (›Die Aufgaben der Familie‹) deutlich: ›Die Teilnahme der Familie an der gesellschaftlichen Entwicklung.‹ Der Text sieht Familie und Gesellschaft in enger wechselseitiger Verzahnung: »Die Familie ist in lebendiger, organischer Weise mit der Gesellschaft verbunden [...] So ergibt sich aus der Natur und Berufung der Familie, daß sie sich auf keinen Fall in sich selbst verschließen darf, sondern sich vielmehr auf die anderen Familien und die Gesellschaft hin öffnen und so ihre gesellschaftliche Aufgabe wahrnehmen muß.«¹⁴

Familien werden keinesfalls nur – auf der Handlungsebene – zu vorbildlichem Leben aufgerufen. Die Enzyklika verweist vielmehr ausdrücklich auf die Gestaltung politischer und wirtschaftlicher Institutionen, weil – so der Text implizit – im Kontext der Moderne eben hier wichtige Bedingungen familialer Lebensmöglichkeiten festgelegt werden. Zugleich weist der Text der Familie eine Mitverantwortung auch als politisches Subjekt zu. »Angesichts der weltweiten Dimension, die die verschiedenen sozialen Probleme heute aufweisen, erfährt die Familie, wie sich ihr Auftrag für die Entwicklung der Gesellschaft in bisher nicht gekannten Ausmaßen erweitert. Es geht darum, auch an einer neuen internationalen Ordnung mitzuwirken.«¹⁵ Die Handlungsoptionen christlicher Familie werden dabei vor allem in der Vermittlung eines Bewusstseins glo-

¹³ Auf diesen einfachen Tatbestand weist etwa die ›Quintessenz‹ der eingangs skizzierten Diskussion in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hin.

¹⁴ *Johannes Paul II.*, Enzyklika *Familiaris Consortio*, 42.

¹⁵ Ebd., 48.

baler Solidarität gesehen. Dies ist eine deutliche Absage an jede Art von Familienegoismus, die Solidarität nach innen isolationistisch als Gleichgültigkeit nach außen kehren würde.

Es ist also festzuhalten, dass die Art und Weise der Einbettung von Familien in bürgerschaftliche Bezüge auch ihre Leistungsfähigkeit mit bestimmt. Über die oben genannten individuellen Funktionen hinaus vermag jedenfalls nur eine auf ihre soziale Umwelt hin offene Familie einen positiven Beitrag zur politischen Kultur, und damit auch zur institutionellen Entwicklung ihres gesellschaftlichen Umfeldes zu leisten. Nur eine Familie, deren Mitglieder in vielfältiger Weise mit der Außenwelt vernetzt sind, schafft positive Effekte für die Gesellschaft und entgeht jenen Phänomenen ›unmoralischen Familiarismus‹ bzw. ›lokaler Moral‹, die die Familie aus der Sicht zahlreicher Sozialwissenschaftler des 20. Jahrhunderts diskreditiert haben.¹⁶

Auch wenn eine antagonistische Gegenüberstellung ›Familie versus Zivilgesellschaft‹ abzulehnen ist, so bleibt also doch festzuhalten: Familien können durchaus einen notorischen Privatismus i. S. der Gleichgültigkeit gegenüber gesellschaftlichen Fragen kultivieren und damit einer egomanen Selbstgenügsamkeit Vorschub leisten. Ob sich das gemeinsame Leben auf den unmittelbaren Lebenskreis beschränkt oder ob die familiäre Wahrnehmung auch die engere und weitere gesellschaftliche Umwelt mit umfasst, bleibt nicht ohne Konsequenzen für die Persönlichkeitsbildung Heranwachsender. Gleiches gilt für die Frage, wie intensiv der Austausch zwischen Kindern bzw. Jugendlichen und Erwachsenen in der Familie wirklich ist oder ob sich das gemeinsame Leben auf den geteilten Medienkonsum beschränkt. Auch die gewachsene Sensibilität der öffentlichen Diskussionen über Gewalt in der Familie lässt sich durchaus als Reaktion auf wachsende Isolationsgefahren der Familie durch die Schwächung bürgerschaftlicher Strukturen verstehen. Denn eine stark abnehmende Einbettung der Familien in Gruppen, Verbände und Freundschaftsnetzwerke führt dazu, dass Kinder ihren Eltern in noch stärkerem Maße isoliert gegenüberstehen als etwa noch vor einer Generation.

Die reale Möglichkeit von Gleichgültigkeit, Vernachlässigung und sogar Gewalt in der Familie sollte nun aber nicht erneut in moralisierende Kritik an ›egoistischen Familien‹ umgesetzt werden. Eine Repristinatio-

¹⁶ Das Verhältnis von Familie und Demokratie ist mit großer Einfühlsamkeit beschrieben bei *Jean B. Elshtain*, *The Family and Civic Life*, in: *David Blankenhorn/Steven Bayme/Jean B. Elshtain (Ed.)*, *Rebuilding the Nest. A new Commitment to the American Family*, Milwaukee 1990, 119–132.

des oben skizzierten Antagonismus würde den gesellschaftlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht gerecht. Weder die Kommune-Vorstellungen der 70er Jahre noch die liberal-konstruktivistische Hoffnung etwa eines *James Coleman*, die Familie im 21. Jahrhundert durch einen »Markt für Erziehungsleistungen« substituieren zu können¹⁷, bezeichnen aus heutiger Sicht eine realistische gesellschaftliche Alternative zu Ehe und Familie. Die entscheidende Frage ist vielmehr, ob und inwieweit die Sozialkultur einer Region Integrationsmöglichkeiten und Sozialvermögensformationen vorhält, die eine soziale Einbettung von Familien ermöglicht. Wichtiger als der »ideologische Charakter« von Netzwerken und Gruppierungen (traditionalistisch oder modern / religiös oder säkular) ist dabei die biographische »Passung«, die Anschlussfähigkeit von Bindungen an jeweils spezifische lebensweltliche Bedürfnisse und Notwendigkeiten. Der Entwicklungsgrad einer Bürgergesellschaft und die daraus resultierenden »Möglichkeitsstrukturen« für Kinder, Jugendliche, Erwachsene und alte Menschen entscheiden mithin sehr direkt auch über die Qualität familialer Beziehungen nach innen.

Diese Zusammenhänge lassen sich auf vielfältige Weise konkret explizieren. Der Zugang zu informellen Netzwerken verleiht Eltern eine erheblich höhere persönliche Flexibilität, da in der Regel schnell und unbürokratisch auf kurzfristige Betreuungsmöglichkeiten zurückgegriffen werden kann. Eine unmittelbare finanzielle Entlastung ergibt sich aus den umfangreichen privaten Übereignungen von Babywäsche, Kinderspielzeug sowie Utensilien aller Art, wie sie im Kontext privater Unterstützungsnetzwerke praktiziert werden. Von kaum zu überschätzender Bedeutung ist auch der Informationsfluss im Rahmen solcher informeller Netzwerke. Informationen gewinnen in einer immer unübersichtlicheren Lebenswelt eine Schlüsselfunktion. Sie können nicht nur günstige Einkaufs- oder Urlaubsmöglichkeiten vermitteln und damit zur konkreten finanziellen Entlastung beitragen; gerade in Zeiten großer Veränderungen z. B. in der Partnerbeziehung und angesichts neuer Herausforderungen etwa nach der Geburt des ersten Kindes kommt dem Austausch im Freundes- und Bekanntenkreis eine wichtige emotionale Stabilisierungsfunktion zu.¹⁸

¹⁷ So *James Coleman*, *The Rational Reconstruction of Society*, in: *American Journal of Sociology* 58 (1993) 2, 1–15.

¹⁸ Zur vielfältigen Funktion privater Unterstützungsnetzwerke vgl. nach wie vor die Monographie von *Martin Diewald*, *Soziale Beziehungen: Verlust oder Liberalisierung? Soziale Unterstützung in informellen Netzwerken*, Berlin 1992.

Weitere wichtige Hilfestellungen leisten ›soziale Netzwerke‹ bei den familialen Funktionen im Bereich der Normvermittlung. Der amerikanische Soziologe *James Coleman* hat hier in einem grundlegenden Beitrag gezeigt, dass insbesondere der Aspekt der Geschlossenheit (›closure‹) sozialer Beziehungen wichtig wird, wie er im Kontext sozialer Netzwerke gewährleistet ist. »Geschlossenheit ist nur dann vorhanden, wenn eine Beziehung zwischen Erwachsenen besteht, die ihrerseits eine Beziehung zu einem Kind haben. Die Erwachsenen können die Handlungen des Kindes unter verschiedenen Umständen beobachten, miteinander über das Kind reden, Erfahrungen austauschen und Normen festsetzen. Die Geschlossenheit des Netzwerkes kann dem Kind Unterstützung und Belohnungen von anderen Erwachsenen verschaffen, die verstärken, was es vom ersten Erwachsenen erfahren hat, und kann Normen und Sanktionen hervorbringen, die durch einen einzelnen Erwachsenen nicht eingeführt werden könnten.«¹⁹ Eine besondere Art geschlossener Strukturen liegt vor, wenn zwischen den Eltern befreundeter Kinder wiederum eine Freundschaft oder Bekanntschaft besteht. Diese Formation erlaubt vielfältige Kooperationsvorteile für die Eltern. So können sie z. B. soziale Normen im alltäglichen Umgang miteinander einheitlich und damit über alle Erfahrungsbereiche des Kindes hinweg einfordern; ohne Kooperation droht den Eltern(paaren) dagegen, gegeneinander ausgespielt zu werden, da kein Informationsaustausch zwischen ihnen stattfindet. Netzwerkbeziehungen erlauben es den Eltern zudem, ihre Wünsche auch gegenüber Schule und Kindergarten wirkungsvoller durchzusetzen.²⁰ Kollektives Handeln wird möglich und erhöht das Gewicht elterlicher Interventionen. Dies ist umso wichtiger, als – wie der anerkannte Kriminalitätsforscher *James Q. Wilson* gezeigt hat – die Internalisierung grundlegender sozialer Normen in der Familie im späteren Lebenslauf kaum mehr nachgeholt werden kann.²¹

4. INTEGRIERTE FAMILIEN ALS BAUSTEINE AKTIVER BÜRGERGESELLSCHAFT

Es wird deutlich: Funktionsfähige Netzwerke als Teil bürgerschaftlicher Strukturen stellen ein bedeutendes ›Sozialvermögen‹ für Familien dar. Sie ermöglichen es ihnen damit auch, nicht nur ihre individuellen, son-

¹⁹ *Coleman*, Grundlagen der Sozialtheorie, München 1995, 352.

²⁰ Ebd., 354.

²¹ Vgl. *James Q. Wilson*, Culture, Incentives and the Underclass, in: *H. Aaron/Th. Mann/T. Taylor (Ed.)*, Values and Public Policy, Washington D. C. 1993, 54–60.

dern auch ihre gesellschaftlichen Funktionen besser wahrzunehmen. Worin liegen diese Funktionen?

Entgegen dem eingangs zitierten Antagonismus, der jahrzehntelang die sozialwissenschaftliche Forschung untergründig bestimmt hat, rückt heute die unverzichtbare Bedeutung funktionsfähiger Familien für die Entwicklung einer lebendigen Bürgergesellschaft stärker ins Bewusstsein. Angesichts bedrohlicher Erosionsphänomene wird nämlich immer deutlicher, dass bürgerschaftliche Strukturen nicht einfach vom Himmel fallen, sondern auf prekären Voraussetzungen beruhen, die auch und gerade im Bereich der Familie geschaffen bzw. erhalten werden (müssen). Denn die familiäre Sozialisation determiniert jene psychischen und kulturellen Faktoren des Individuums, die in vielfältiger Weise seine spätere ›Beziehungsfähigkeit‹ wie auch seine ›Engagementbereitschaft‹ bestimmen. Dieser Prozess umfasst viele Komponenten und ist bisher nur in Ansätzen wissenschaftlich rekonstruiert worden.

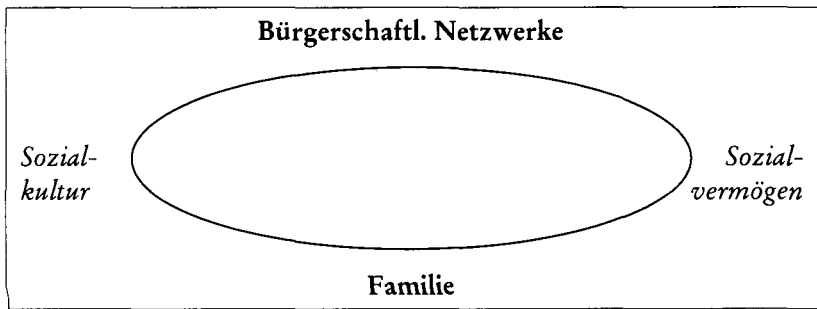
Zunächst spielt die kognitive Ebene ganz offensichtlich eine Rolle. Denn im Raum der Familie werden Kinder zuerst für ihre Umwelt sensibilisiert, werden ihnen erste und grundlegende Deutungen sozialer Zusammenhänge und ihre ersten unmittelbaren Erfahrungen damit vermittelt. Hier erfahren sie Ermutigung, sich für bestimmte Ziele oder auch Wertkomplexe zu engagieren und entsprechende Normen für ihr eigenes Leben zu übernehmen. Die Meinung, dies müsse ein Kind selber entscheiden und es dürfe dementsprechend nicht von Eltern und Erziehern manipuliert werden, ist zu recht als schlecht kaschierte Gleichgültigkeit entlarvt worden.²² Denn Mündigkeit und reife Auseinandersetzung setzen das Vorhandensein eigener Prägungen voraus, die freilich ihrerseits auch darauf angelegt sein müssen, freiheitliche Urteilsbildung nicht zu ersetzen, sondern zu ermutigen.

Die Art und Weise, wie in der Familie Informationen über Strukturen der sozialen Umwelt vermittelt werden, sind ihrerseits dazu geeignet, Engagement zu wecken oder nicht. Defätismus oder Gleichgültigkeit, prinzipielles Misstrauen und pauschales ›Opferbewusstsein‹ pflanzen

²² Vgl. dazu auch *Coleman*, der derartige intellektuelle Kaschierungen eigener Gleichgültigkeit insbesondere als Mittelschichtphänomen charakterisiert: »In higher socioeconomic groups, the lack of interest [for the development of their children, A. H.] is better disguised, but it is there: The pressures of the demanding mother of earlier generations are replaced by an ethic of ›letting the child find her own way‹, or ›letting him do his own thing‹ [...] In higher socioeconomic groups, the result is at best young people floundering to ›find themselves‹, as if there were some hidden ›self‹ which, once found, would provide a direction and momentum for life«, *The Rational Reconstruction* (Anm.17), 13.

sich fort und erzeugen eine Sozialkultur, die die Bereitschaft zum Engagement über den eigenen Lebensbereich hinaus gar nicht erst aufkommen lässt. Dies gilt auch für die Phase der Adoleszenz, in der familiäre Kultur als Bremsklotz oder als Sprungbrett für eigenständige ›Gehversuche‹ in Richtung Bürgergesellschaft wirken kann.

Eine zweite Ebene unter der ›kognitiven‹ Vermittlung von Informationen oder Normen ist das gelebte Vorbild, das eigene Engagement der Eltern. Empirische Untersuchungen zeigen, dass diesem Faktor eine Schlüsselrolle bei der Vermittlung von Engagementbereitschaft in die nächste Generation zukommt. Eltern, die selbst engagiert und in ihre soziale Umwelt integriert sind, wirken als ›Steigbügelhalter‹ für ihre Kinder – sei es, dass sie den Weg in die eigene Organisation ebnen oder auch nur ganz allgemein ein Vorbild engagierten Lebens und aktiver Partizipation geben.



Der vielschichtigen Weitergabe einer individuellen *Bereitschaft* zum bürgerschaftlichen Engagement entspricht die Vermittlung grundlegender *Kompetenzen* dazu, die ebenfalls innerhalb der Familie abläuft. Hier sind zunächst allgemeine und spezielle Fähigkeiten zu nennen, die für gelingende Kommunikation mit anderen, aber auch für einen eigenständigen Beitrag dabei eine Rolle spielen. Emphase und Kooperationsfähigkeit werden hier ebenso eingeübt wie die Fähigkeit, unterschiedliche Sichtweisen und Standpunkte zu tolerieren und dennoch zu einer Basis für gemeinsames Handeln zu kommen.

Der US-Soziologe *David Popenoe* fügt ein weiteres Motiv hinzu, das speziell die Interaktion in modernen Gesellschaften betrifft. Aufgrund des hohen Individualisierungs- und Spezialisierungsgrades moderner Lebenswelten zerfallen diese immer stärker in ›Milieus‹ und Teilkulturen, die kaum noch über persönliche Kontakte miteinander verbunden sind. In dieser ausdifferenzierten Welt der Moderne stellt die Familie einen der wenigen verbliebenen Kreuzungspunkte der Begegnung von In-

formationen und Erfahrungen aus verschiedenen gesellschaftlichen Milieus dar: Beziehungen zur Welt des Kindergartens und der Schule, verschiedener Berufswelten und aktiver Nachbarschaft, zu Freunden aller Altersstufen und Lebenssituationen berühren sich in einer funktionsfähigen Familie. Popenoe kommt von solchen Überlegungen her zu einer völlig anderen Verhältnisbestimmung von Familie und Gesellschaft als andere sozialwissenschaftliche Autoren des 20. Jahrhunderts: »The family has always been a fundamental and probably essential unit of what we call ›civil society‹ – the local society made up of kin and friendship networks, neighbourhoods, religious institutions, and voluntary associations [...] As the market and state ›megastructures‹ grow ever more powerful, the need for the mediating structures of civil society becomes that much more compelling, both for psychic survival and political freedom.«²³ Konsequenz verbindet er dementsprechend bestimmte Degenerationserscheinungen in beiden Bereichen: »As the family goes, so goes civil society.«²⁴

Die Familie erscheint hier als jener Raum ›ganzheitlichen‹ Erlebens, der gerade angesichts der ausdifferenzierten gesellschaftlichen Subsysteme Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft, Recht usw. das Halten eines individuellen seelischen Gleichgewichtes ermöglicht. Der Soziologe *Robert N. Bellah* fasst dies pointiert als *the importance of being somewhere*. Die moderne ausdifferenzierte Gesellschaft lässt die Individuen gleichzeitig in einer Vielzahl verschiedener Rollen miteinander interagieren. Personen begegnen sich als Anbieter und Nachfrager, Politiker und Wähler, Bürger und Funktionär, Pfarrer und Gemeindeglied, etc. Das Selbst, der Persönlichkeitskern, lässt sich dann aber keineswegs mehr unabhängig von diesen Rollen definieren: Es muss im gleichzeitigen Nebeneinander der Beziehung zu verschiedensten Personen gefunden werden. Denn die wechselseitigen Abhängigkeiten, die sich in solchen Rollenbeziehungen manifestieren, indizieren eine Freiheit, die sich in der Moderne mehr denn je nur als Bindung an andere verwirklicht.²⁵

²³ *David Popenoe*, *Family Decline in America*, in: *Blankenhorn/Bayme/Elshstain* (Anm.16), 39–51, 46.

²⁴ Ebd.

²⁵ *Robert N. Bellah* skizziert einen solchen anspruchsvollen modernen Freiheitsbegriff: »The notion of some deep private self, wholly separable from life relationships, is a profoundly bizarre idea. If you strip me of my roles as husband and father and Christian and teacher and friend, there isn't any wonderful, profound ›self‹ left to consult or to discover. My ›self‹ is composed of my relationships and commitments, my ›roles‹. That doesn't mean I lack autonomy. Indeed, only because of my relationships and commitments can I be autonomous at all. If I were isolated, I would be helpless«, *The Invasion of the Money World*, in: *Blankenhorn/Bayme/Elshstain* (Anm.16), 227–261, 234.

Dies stellt hohe Anforderungen an das Individuum, das lernen muss, in einer Vielzahl verschiedener Rollen gleichzeitig zu leben bzw. Rollenwechsel zu verarbeiten. Wo ein solches prekäres Gleichgewicht misslingt, da werden Kooperationschancen verspielt und Persönlichkeitsbildung in Freiheit misslingt.²⁶

Die Familie bildet den ursprünglichen Lernort solcher Rollenwechsel und Rollen Anpassungen, weil sie im Zusammenleben der Generationen ständigen Transformationen unterworfen ist.²⁷ Zugleich erlebt sich der Einzelne im familialen Kontext in eine Vielzahl von Rollen verstrickt, die er jeweils zum Ausgleich bringen muss. Als Ehefrau, Mutter, Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Tante, Nichte werden höchst heterogene Ansprüche an eine Frau herangetragen, in deren Bewältigung sie eine ›positionelle Kompetenz‹ erwirbt, die auch im außerhäuslichen Bereich eine zentrale Rolle spielt.²⁸ Hat das Individuum keinen Zugang zu solchen familialen Potenzialen oder wie in der modernen Einzelkindfamilie nur einen sehr reduzierten, dann ist die Selbstfindung im Kontext moderner ausdifferenzierter Gesellschaften zumindest erschwert und bedarf flankierender Erfahrungsräume.²⁹

Die Vermittlung von Motivationen und Potenzialen für bürgerschaftliches Engagement in der Familie lässt sich zwar analytisch, nicht aber empirisch vollständig trennen. Ein Mangel ›positioneller Kompetenz‹ und anderer Dimensionen sozialer Kompetenz führt naturgemäß auch zu geringerer Befriedigung im gemeinsamen Engagement. Wem es nicht gelingt, Eigen- und Gruppeninteresse in ein produktives Gleichgewicht zueinander zu bringen, eigene Vorstellungen auch einmal zurück zu

²⁶ Vgl. dazu meinen Beitrag ›Christliche Anthropologie und das Ethos der Marktwirtschaft‹, in: Stimmen der Zeit 212 (1994) 605–616.

²⁷ So auch der 5. Familienbericht der Bundesregierung, *hrsg. vom BMFSFJ*, Bonn 1994, 229: »Familien ermöglichen durch ihren ständigen inneren und äußeren Wandel ein Training des Veränderungsgedankens, auf das örtliche und regionale Gemeinschaften angewiesen sind.«

²⁸ Umgekehrt schränkt der Verlust solcher Polydimensionalität aufgrund eines steigenden Anteils an Einzelkindfamilien und Scheidungen das familiäre Sozialisationspotential deutlich ein. In der zweiten Generation von Einzelkindfamilien wachsen Kinder bereits ohne Tanten, Onkel, Nichten und Neffen auf.

²⁹ Ganz ähnlich heißt es in der Enzyklika *Familiaris Consortio*, Nr. 42: »In der Familie wachsen ja die Bürger heran, und dort finden sie auch ihre erste Schule für jene sozialen Tugenden, die das Leben und die Entwicklung der Gesellschaft von innen her tragen und gestalten. [...] Auf diese Weise ist die Familie [...] der ursprüngliche Ort und das wirksamste Mittel zur Humanisierung und Personalisierung der Gesellschaft; sie wirkt auf die ihr eigene und tiefreichende Weise mit bei der Gestaltung der Welt, indem sie ein wahrhaft menschliches Leben ermöglicht, und das vor allem durch den Schutz und die Vermittlung von Tugenden und Werten.«

stellen und dennoch mittelfristig nicht völlig aus dem Auge zu verlieren, der wird dann irgendwann ›keine Lust mehr haben‹ und sich aus entsprechenden Netzwerken zurückziehen.

Vermittlung von Grundlagen für Bürgerschaftliches Engagement in der Familie

**Engagementbereitschaft
(Anreize)**

1. Kognitive Vermittlung von Informationen bzw. Werten
2. Gelebtes Vorbild

**Beziehungsfähigkeit
(Potenziale)**

1. Aufbau von Kompetenzen (allgemein bzw. spezifisch)
2. Aufbau von Subjekthaftigkeit (›positionelle Kompetenz‹)

Von solchen Überlegungen her lässt sich der eingangs zitierte Antagonismus zwischen Familien und Bürgergesellschaft konzeptionell auflösen und eher als wechselseitiges Steigerungsverhältnis begreifen. Krisenerscheinungen im Familiensektor, die familiales Miteinander daran hindern, seine gesellschaftliche Integrationsfunktion zu erfüllen, bleiben dann ihrerseits nicht ohne Konsequenzen für bürgerschaftliches Engagement und damit für die Sicherung der Grundlagen demokratischer Ordnung. Der Politikwissenschaftler *Robert D. Putnam* hat seit 1994 in umfangreichen empirischen Untersuchungen den Rückgang ›sozialen Kapitals‹ i. S. des traditionell sehr starken bürgerschaftlichen Engagements der US-amerikanischen Gesellschaft protokolliert. Seine jüngste Monographie legt umfangreiches und in seiner Vielschichtigkeit kaum zu widerlegendes empirisches Material dazu vor.³⁰ Sowohl traditionelles Vereinsleben, Parteien und Kirchengemeinden als auch eher in den privaten Bereich gehöriges Sozialverhalten wie Einladungen zum gemeinsamen Abendessen an Freunde und Bekannte oder gemeinsames Kartenspiel sind davon betroffen. Putnam zeigt, dass diese Entwicklung insbesondere mit dem Generationswechsel zu jenen Alterskohorten verbunden ist, die mit dem Fernsehen aufgewachsen sind. Demgegenüber zeigen jene, die schon erwachsen waren, als das Fernsehen seinen einmaligen Siegeszug in die Wohnzimmer anzutreten begann, lebenslang

³⁰ Vgl. *Robert D. Putnam*, *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*, New York u. a. 2000.

ein intensiveres Engagement und stärkeres Sozialverhalten als die Sofahocker (›couch-potatoes‹). Auch synchron – also bezogen auf einen einheitlichen Untersuchungszeitpunkt – sind jene, die sich als notorische Fernsehkonsumenten bezeichnen, generell weniger engagiert sowohl im ›formellen‹ wie im informellen Engagementbereich.³¹

Wie man auch immer das TV-Argument als solches bewerten mag – *Putnam* selbst relativiert monokausale Aussagen aus seinem früheren Artikel von 1995³² –, so ist doch unverkennbar, dass sich im Zusammenhang mit dem weit verbreiteten Medienkonsum ein grundlegender Wandel familialen Lebensstils vollzogen hat, der mehr oder weniger gravierende Konsequenzen für die Entfaltung bürgerschaftlichen Engagements mit sich gebracht hat. Ohne dass hier bereits vergleichbare Untersuchungen vorliegen würden, so lassen sich doch ähnliche Entwicklungen für Deutschland und andere westeuropäische Länder vermuten. Auf ihre Weise bieten die empirischen Studien Putnams also eine eindrucksvolle Bestätigung des engen Zusammenhangs zwischen der Qualität familialen Lebens einerseits und der Entfaltung bürgerschaftlichen Engagements andererseits. Veränderungen in einem Bereich ziehen Konsequenzen im anderen nach sich, wobei die Beeinträchtigungen sowohl bei den Potenzialen als auch bei den Anreizen ansetzen dürften.

Angesichts dieser – verhaltenswissenschaftlich noch kaum erforschten – Zusammenhänge tut sich eine neue Dimension für familien- und gesellschaftspolitisches Handeln auf. Sie setzt Tendenzen in der familienpolitischen Argumentation seit etwa Mitte der 90er Jahre fort, die die Notwendigkeit politischen Handelns nicht mehr einfach normativ als Ruf nach ›Gerechtigkeit für Familien‹ präsentiert, sondern sich vielmehr um Argumentation aus genuin ökonomischen oder politischen Zusammenhängen heraus bemüht. So verbindet der 5. Familienbericht der Bundesregierung das Engagement für Kinder argumentativ mit der Notwendigkeit, die »Zukunft des Humanvermögens« sicherzustellen. Hier wird der Versuch gemacht, eine normative Gerechtigkeitsüberlegung als Gedankenexperiment in ökonomische Denkw Zusammenhänge hinein zu integrieren. Was in Familien stattfindet, kann dann ökonomisch nicht bloß dem Bereich privaten Konsums zugeschrieben werden, sondern stellt einen gigantischen Investitionsprozess dar. Eine solche Argumentation vermag keinen umfassenden sozialetischen Anspruch zu erheben; sie erscheint jedoch geeignet, bestimmte Zusammenhänge hervor-

³¹ Vgl. ebd.

³² Vgl. *Putnam*, *Bowling Alone: Declining Social Capital*, in: *Journal of Democracy* 6 (1995) 1, 65–78.

treten zu lassen, die in einer rein normativen Sprache nicht deutlich werden.

Eine ganz ähnliche Argumentation bietet sich von den skizzierten Zusammenhängen her auch für den Bereich der demokratischen Ordnung an. Auch hier stellt Familie nicht bloß einen vorpolitisch-privaten Raum dar, der für das, was später in einem Gemeinwesen an Engagement entfaltet werden wird, eigentlich keine Rolle spielt. Vielmehr geht es um die Schaffung grundlegender individueller Voraussetzungen für dieses Engagement. Wir erkennen heute zunehmend, dass ›Sozialvermögen‹ in diesem Sinne von zentraler Bedeutung für funktionsfähige demokratische Ordnung ist. Ein familienpolitisch aktives Gemeinwesen stellt dann letztlich nur die langfristigen Grundlagen seiner eigenen Funktionsfähigkeit sicher. Diese umfassende Sorge für Familien zu verweigern, hieße umgekehrt, in geradezu naiver Weise die Voraussetzungslosigkeit bürgerschaftlichen Engagements zu behaupten.

5. POLITISCHE KONSEQUENZEN: FAMILIENPOLITIK ALS ›GESELLSCHAFTSPOLITIK‹

Die enge Wechselbeziehung familiärer Sozialisation zu bürgerschaftlichem Engagement verweist also auf die Notwendigkeit entsprechenden familienpolitischen Handelns. Doch sie gibt darüber hinaus auch inhaltliche Ansatzpunkte dafür. Denn aus der hier skizzierten Perspektive geht es bei der Stärkung von Familien nicht in erster Linie um finanziellen Nachteilsausgleich. Dieser beschreibt *eine* Dimension, aber nicht die ganze Geschichte. Denn wie bereits erwähnt: Nicht Familien als solche – etwa als bloße Konsumgemeinschaften – sind es, die hier für moderne Gemeinwesen von Bedeutung sind, sondern gesellschaftlich integrierte und auf ihre soziale Umwelt hin offene Familien. Dies bezeichnet zugleich den Ansatzpunkt für wirksame und zielgenaue Förderpolitik. Ausgangspunkt ist dabei die Diagnose, dass es vielen modernen Familien nicht (in erster Linie nur) an Finanzvermögen, sondern auch und gerade an Sozialvermögen fehlt. Beides kann ineinander spielen (die mitunter handfesten finanziellen Vorteile des Zugangs zu Netzwerken und informellen Solidarstrukturen sind oben beschrieben worden), ist aber dennoch keineswegs miteinander identisch. Eine Gesellschaftspolitik, die sich um die Stärkung sozialer Netzwerke um Familien herum bemüht und Räume responsiver Öffnung von Familien einzurichten versucht, schafft nachhaltige Multiplikatoreffekte, wenn und insofern

sie ihnen Hilfe zur Selbsthilfe ermöglicht. Dies setzt allerdings eine Öffnung der politischen Perspektive auf genuine Gesellschaftspolitik voraus. Denn hier steht nicht mehr nur die Interaktion zwischen Staat (meist als Sozialleistungen gewährende Instanz) und Individuum (als potentiell Empfänger) im Mittelpunkt; vielmehr ist die entscheidende Frage, ob und wie staatliche Intervention Beziehungskonstellationen *zwischen* den Bürgern selbst aufzubauen oder zu kräftigen vermag.³³ Dabei wird finanzielle Unterstützung Bedürftiger nach wie vor eine Rolle spielen, aber zugleich auch an ›aktivierende‹ und sozial integrierende Maßnahmen geknüpft werden. Wo der isolierte, individuell einklagbare Rechtsanspruch tendenziell eher Vereinsamung gebiert, da verbinden intelligent angesetzte Förderprogramme finanzielle Hilfeleistungen mit gesellschaftlicher (Re-)Integration und dem Erwerb neuer Kompetenzen. Aus gesellschaftspolitischer Sicht geht es immer auch darum, die skizzierte wechselseitige Verzahnung von Familie und bürgerschaftlichem Engagement auch erfahrbar zu machen.

Als konkretes Beispiel soll abschließend das Konzept des ›Familien-Tisches‹ skizziert werden. Als Instrument einer kommunalen Familienpolitik geht es letztlich davon aus, dass entscheidende Verbesserungen der Lebenssituation von Familien nicht auf hoher und höchster politischer Ebene festgelegt, sondern vor Ort von den Betroffenen selbst identifiziert und auch angegangen werden können. Es zielt mithin durchaus auf stärkeres bürgerschaftliches Engagement etwa im Sinne der *Agenda 21* und eines um die soziale Dimension erweiterten Nachhaltigkeitskonzeptes ab.³⁴ Es geht damit einen wichtigen Schritt von einer Politik *für* Familien zu einer Politik *mit* Familien.

Der ›Familien-Tisch‹ ist ein mehrstufiger kommunaler Gesprächs- und Planungsprozess betroffener Familien mit einem festen Kreis von relevanten Multiplikatoren und Entscheidungsträgern aus Bildungswesen, Kommunalverwaltung, Presse, regionaler Wirtschaft, Kirche und Verbänden. Ziel des offenen, aber professionell begleiteten und ausgewerteten Gesprächs in Plenum und Arbeitsgruppen ist es, konkrete Schritte zur Verbesserung der Lebenssituation von Familien in der Kommune

³³ Vgl. dazu ausführlich meinen Beitrag ›Gesellschafts-Ordnungspolitik – Gestaltung institutioneller Arrangements für die Bürgergesellschaft des 21. Jahrhunderts‹, in: *B. Jans/A. Habisch/B. Stutzer (Hrsg.), Familienwissenschaftliche und familienpolitische Signale*. FS Max Wingen, Grafschaft 2000, 89–99.

³⁴ Das Konzept der ›Familien-Tische‹ hat die Professur für Christliche Gesellschaftslehre an der Katholischen Universität Eichstätt gemeinsam mit dem IFOK-Institut in Bensheim entwickelt. Nähere Informationen und organisatorische Details sind dort abrufbar (www.ifok.de).

zu identifizieren und gemeinsam umzusetzen. Bei diesem Vorgehen finden regionale Besonderheiten bzw. Problemlagen besondere Berücksichtigung. Die Netzwerkstruktur des ›Familien-Tisches‹ erlaubt insbesondere jene Abstimmung über die Grenzen des einzelnen Bereiches (Schule, Betrieb, Kommune, Kirchengemeinde etc.) hinaus, die in arbeitsteiligen Gesellschaften eine große Rolle spielt, aber in dieser Form eben immer seltener stattfindet. Erfahrungsgemäß bleiben die um den ›Familien-Tisch‹ herum entstehenden Netzwerke auch nach dem offiziellen Abschluss des Projektes noch lebendig, was auf eine nachhaltige Verbesserung der Entscheidungswege vor Ort hinausläuft: Kommunales ›Soziales Vermögen‹ bildet sich. Die Veranstaltungen des ›Familien-Tisches‹, die meist ein reges Interesse der lokalen Medien finden, tragen auch dazu bei, die Präsenz des Familiengedankens in der lokalen Öffentlichkeit zu verstärken und damit die entsprechende politische Handlungsbereitschaft zu wecken.

Der ›Familien-Tisch‹ ist ein Beispiel für eine Gesellschaftspolitik, die darauf abzielt, bürgerschaftliche Selbstorganisation anzuregen und zu unterstützen. Die Initiative geht dabei meist von den kommunalpolitischen Verantwortungsträgern aus. Diese geben aber keine Agenda vor, sondern bieten Betroffenen ein Forum, ihre Verbesserungsvorschläge einzubringen sowie Umsetzungsmöglichkeiten (und deren Kosten) zu diskutieren. Der ›Familien-Tisch‹ kann daher nicht nur durch seine Ergebnisse, sondern auch durch den ausgelösten kommunikativen Prozess selbst die Rolle der Familien im bürgerschaftlichen Engagement stärken. Umso wichtiger ist dazu allerdings die Notwendigkeit einer professionellen Prozessbegleitung und Moderation. Denn nur wenn die Beteiligten den Eindruck erhalten, hier gehe wirklich etwas voran und werde nicht ›nur geredet‹, bleibt ihre Bereitschaft zum Engagement und ihre Identifikation mit dem Prozess erhalten.

Als weiteres Beispiel für gesellschaftspolitische Maßnahmen ließe sich die Schaffung einer sozialen Infrastruktur nennen, die die Integration neu zugezogener Familien in das kommunale Umfeld erleichtert. In Wirtschaftskreisen wird vielfach über die mangelnde Mobilität deutscher Arbeitnehmer und ihrer Familien geklagt. Häufig scheidet auch die Weiterbeschäftigung bei Betriebsschließungen an der fehlenden Bereitschaft, den Lebensmittelpunkt der Familie in eine andere Region zu verlagern. Dabei ist allerdings auch zu beachten, dass sich die Integration in ein neues Wohnumfeld gerade für die Angehörigen mitunter sehr schwierig gestaltet. Oft sind auch nach Monaten und Jahren noch keine neuen Bezugspersonen gefunden. Bürgerschaftliches Engagement von

Familien könnte hier – flankierend unterstützt durch entsprechende Stellen der Kommunalverwaltung – eine soziale Infrastruktur zur Verfügung stellen, die es neu Zugezogenen erlaubt, möglichst bald in ihrem Umfeld wieder Bekannte in einer vergleichbaren Lebenssituation zu finden. Eine solche Initiative wäre nicht nur eine Integrationshilfe für Familien, sondern erscheint zugleich geeignet, die Mobilitätsbereitschaft in der Gesellschaft zu erhöhen.

6. SCHLUSS

Unter dem Stichwort ›Bürgergesellschaft‹ zeichnen sich am Beginn des 21. Jahrhunderts neue Formen demokratischer Willensbildung, aber auch eine Neubestimmung des Rollenverständnisses von Bürgern, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ab. Angesichts rapide gewachsener Potenziale (etwa im Bereich des allgemeinen Bildungsniveaus), aber auch neuer Herausforderungen (z.B. durch soziale Desintegrationsphänomene) wächst der Druck auf die klassischen Instanzen, zur Lösung gesellschaftlicher Probleme verstärkt bürgerschaftliches Engagement wahrzunehmen, zu fördern und für den demokratischen Prozess zu nutzen. Der Familie kommt dabei eine noch nicht immer so deutlich gesehene Schlüsselfunktion zu. Diese liegt sowohl im Bereich erzieherischer Aktivierung (als Aufbau von Potenzialen) als auch der kommunikativen Öffnung und Sensibilisierung (als Weckung von Engagementbereitschaft). Eine Gesellschaftspolitik, die die Einbindung des Bürgers in die Familie und sein Ausgreifen in die Bürgergesellschaft nicht mehr als Gegensätze, sondern als wechselseitiges Steigerungsverhältnis begreift, sollte Familien Wege eröffnen und Instrumente (›Sozialvermögen‹) an die Hand geben, damit sie diese Schlüsselrolle besser spielen können.

André Habisch, Prof. Dr. theol., ist Professor für Christliche Gesellschaftslehre der Theologischen Fakultät der Katholischen Universität Eichstätt. Mitglied der Enquête-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« des Deutschen Bundestages.